



Hunger und Unterdrückung in Afghanistan: Eine Frau hält ihre Tochter, die an Mangelernährung leidet.

Foto: Keystone

Kirche beisst beim Bund auf Granit

Asyl Trotz der prekären Lage in Afghanistan knausere die Schweiz bei der Vergabe von Visa für akut bedrohte Menschen, kritisieren Hilfswerke. Auch die Evangelisch-reformierte Kirche Schweiz (EKS) zeigt sich ernüchtert.

Versorgungsengpässe, Hunger und Einschränkungen insbesondere für die Frauen im Land: Die Lage in Afghanistan spitzt sich fünf Monate nach der Machtübernahme der Taliban zu. Die Rufe, von Verfolgung bedrohte Afghanen in der Schweiz in Sicherheit zu bringen, sind trotzdem weitgehend ungehört verhallt.

Im Herbst hatte der Rat der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz

(EKS) den Bundesrat darum gebeten, in Afghanistan präsenste Organisationen finanziell zu unterstützen und die Kriterien für humanitäre Visa grosszügig auszulegen sowie Resettlement-Kontingente auszubauen.

Das Rote Kreuz gibt auf
Der EKS-Migrationsbeauftragte David Zaugg zieht gegenüber «reformiert.» ein ernüchtertes Fazit: «Insbesondere bei den entscheidenden Themen Resettlement und humanitäre Visa hat sich das Staatssekretariat für Migration nicht bewegt.»

Zauggs Einschätzung deckt sich mit den Erfahrungen von Hilfsorganisationen, etwa der Afghanistanhilfe in Schaffhausen, die diverse Schul- und Gesundheitsprojekte wie auch Waisenhäuser betreibt. Präsident Michael Kunz bangt um einzelne Personen im Umfeld seines Hilfswerks, etwa um einen Journalisten, der Todesdrohungen erhalten hat. Aber die Chance, von der Schweiz ein humanitäres Visum zu erhalten,

tendiere «gegen null». Denn für ein Visum muss die betroffene Person nachweisen, dass sie unmittelbar, konkret und ernsthaft an Leib und Leben bedroht ist. Und sie muss zudem einen engen und aktuellen Bezug zur Schweiz aufzeigen können. Weil die Schweiz in Afghanistan jedoch keine Vertretung hat, müssen humanitäre Visa in Nachbarländern wie Pakistan gestellt werden. Kunz sagt: «Um eine unmittelbare Gefahr zu beweisen, müsste man seine Peiniger theoretisch mitnehmen.»

Ausserdem sei der geforderte Bezug zur Schweiz ein schwammiger Begriff, den die Behörden extrem eng auslegten. Kunz rät Betroffenen inzwischen, «sich an andere Länder zu wenden, wenn dorthin eine persönliche Beziehung besteht».

Auch das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) hat Konsequenzen gezogen. Es gilt als wichtige Instanz bei Vorabklärungen und Beratungen für humanitäre Visa. Im Dezember stellte es diese Arbeit ein, um

seine Energie in erfolgversprechendere Tätigkeiten zu stecken.

In einem Bericht, auf den sich auch die EKS in ihrer Einschätzung stützt, zeigt das SRK auf, wie die Zahl der Anfragen bei seiner Beratungsstelle über die Jahre zwar zunahm, humanitäre Visa aber immer seltener gewährt wurden. 2016 erhielt das SRK gut 1170 Anfragen, die Organisation unterstützte 123 Anträge erfolgreich. 2020 waren es nur noch 26, obwohl knapp 1700 Anfragen eingegangen waren. Aus Afghanistan sind laut Angaben des Staatssekretariats für Migration (SEM) 2021 insgesamt 498 Anträge auf ein humanitäres Visum gestellt worden. 37 waren erfolgreich.

Plätze für Deza-Mitarbeiter

Von einer restriktiveren Praxis will das SEM nichts wissen: Die Kriterien seien nicht verschärft worden, so ein Sprecher. Er verweist darauf, dass für Afghanistan die gesetzlichen Voraussetzungen gelten. Anders als im Syrienkrieg, als 2015 ein ausserordentliches Regime für die Vergabe humanitärer Visa galt.

Dank Resettlement-Programmen reisten in der zweiten Jahreshälfte 268 Afghanen ein. Viele Plätze beanspruchten lokale Mitarbeiter der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und ihre Angehörigen. Resettlements erlauben die Aufnahme besonders verletzlicher Personen, in der Regel haben sie es bereits in Erstaufnahmeländern geschafft. Das vom Bundesrat für zwei Jahre beschlossene Kontingent umfasst 1600 Personen. Eine

«Ich rate nun Betroffenen, sich an andere Staaten zu wenden.»

Michael Kunz
Präsident Afghanistanhilfe

Erhöhung ist laut SEM nicht geplant, ebenso wenig ein Sonderkontingent für Afghanistan.

Die EKS will sich trotzdem weiterhin für den Ausbau der Resettlements und der humanitären Visa einsetzen. Für den Migrationsexperten Zaugg sind sie ein wichtiges Mittel, «um den verletzlichsten Menschen Schutz zu gewähren, ohne dass die Flüchtlinge sich Schlepperorganisationen ausliefern». Cornelia Krause

Pfarrverein soll sich neu erfinden

Berufsverband Der Zürcher Pfarrverein braucht neues Personal und eine Idee, weshalb es ihn noch braucht.

Eigentlich wollte der Vorstand des Pfarrvereins am 14. Januar die Lichter löschen. An einer ausserordentlichen Generalversammlung sollte über die Auflösung des Vereins abgestimmt werden. Das Interesse an den Angeboten sei zu gering, niemand wolle die Nachfolge des Präsidenten Corsin Baumann antreten.

«Unser Antrag auf Auflösung hat einiges ausgelöst», sagt Baumann auf Anfrage. Der Vorstand hat die Versammlung abgeblasen, nun wird im Frühling über die Zukunft des 1768 gegründeten Vereins entschieden. Eine Kandidatur fürs Präsidium steht nicht bereit, doch der Vorstand ist mit Interessentinnen und Interessenten in Kontakt.

Beim Vorstand gemeldet hat sich auch Hansjakob Schibler, der Vizepräsident des Schweizerischen Reformierten Pfarrvereins. Gebe die Zürcher Sektion auf, so Schibler, verlöre der Schweizerische Verein zahlreiche Mitglieder und bekäme damit ein finanzielles Problem.

Verleger der Kirchenzeitung

In der Kirchenpolitik und bei Vernehmlassungen sei der Pfarrverein kaum mehr gefragt, sagt Baumann. Die Pfarrkapitel haben ihm da den Rang abgelaufen. In der Weiterbildung gibt das von mehreren Kirchen getragene Konkordat den Ton an. Und als Gewerkschaft versteht sich der Pfarrverein nicht wirklich.

Gespräche mit Pfarrerinnen und Pfarrern, die sich ein Engagement vorstellen könnten, zeigen, dass der Pfarrverein eine neue Ausrichtung braucht, um weiterhin bestehen zu können. Statt den eigenen Bedeutungsverlust zu beklagen, müsse er auf Vernetzung und Aussendarstellung fokussieren, auf Projekte wie das durchaus erfolgreiche 250-Jahr-Jubiläum. Darüber hinaus ist der Pfarrverein Teil der Herausgeberschaft der Zeitung «reformiert.». Er bildet mit Synode und Kirchenrat den Trägerverein und stellt im Vorstand das Präsidium. Felix Reich

Bericht: reformiert.info/pfarrverein

INSERATE

Mehr Freude im Leben: für Lebensqualität spenden



STIFTUNG BRUNEGG
HOMBRECHTIKON
WOHNHEIM
GÄRTNEREI
BLUMENLADEN



Stiftung BRUNEGG
Brunegg 3 | 8634 Hombrechtikon
www.stiftung-brunegg.ch
Post-Spendenkonto: 87-2430-9
IBAN CH18 0070 0113 9004 4943 9